zu bringen sind. Sofern in den zu diesem Zwecke in Betracht zu ziehenden Jahren aus dem Titel der zufolge Punkt 6 des Protokolls vom 21./10. 1909 u. Punkt 3 des Übereinkommens (Wien am 5./1. 1894, Teplitz am 23./12. 1893) vereinbarten Beteiligung der Staatseisenbahnverwaltung am gesellschaftlichen Reinertragnisse Zahlungen an die Staatseisenbahnverwaltung zu leisten wären, soll der vorerwähnte Abzug nur mit demjenigen Betrage statthaben, um welchen er höher ist als die für das betreffende Jahr aus dem bezeichneten Titel zu leistende Zahlung.

Gewinn-Anteil des Staates: Auf Grund der mit der Staatsverwaltung abgeschlossenen Protokollarvereinbarungen vom 10. Mai 1893 u. vom 13./11. u. 14./11. 1906 wurden in Berücksichtigung der nachbarlichen Beziehungen mittels eines von dem k. k. Handelsministerium genehmigten Übereinkommens zwischen den k. k. österr. Staatsbahnen und der Aussig-Teplitzer Eisenbahn-Gesellschaft die Gemeinschaftsverkehr in der Weise geregelt, dass beide Teile entsprechend daran teilnehmen. Hierfür leistet die Aussig-Teplitzer Eisenbahn-Gesellschaft an den Staatsbetrieb vom 1. Jan. 1893 angefangen einen jährlichen Pauschalbetrag von fl. ö. W. 100 000. Die k. k. priv. Aussig-Teplitzer Eisenbahn-Gesellschaft ist ferner verpflichtet, ausser dem vorstehend bezifferten Pauschalbetrage noch weiter vom 1. Jan. 1893 angefangen jährlich die Hälfte jenes Überschusses der k. k. Staats-Eisenbahnverwaltung zu überweisen, um welchen das Reinertragnis des Unternehmens nach erfolgter Abrechnung des Pauschalbetrages von K 200 000 = fl. 100 000 den Jahresbetrag von K 4 800 000 = öfl. 2 400 000 übersteigen sollte. In dem Protokoll vom 21./10. 1909 wurde die Grenze für den Eintritt der Beteiligung der Staatseisenbahnverwaltung am Reingewinn für das Jahr 1910 u. die folgenden Jahre von K 4 800 000 auf K 3 500 000 mit der Massgabe herabgesetzt, dass von K 3 500 000 bis K 4 000 000 10%, von K 4 000 000 bis K 4 800 000 20% der Staatseisenbahn zu überweisen sein werden. Laut Erlasses des Eisenbahn-Minist. vom 1./3. 1912 wird das Ausmass der Beteilig. des Staates am Reinertrage der A.-T.-E. dahin erhöht, dass vom Überschusse über den Jahresbetrag von K. 4 400 000—4 800 000 statt 20% 25% berechnet werden. In Hinsicht auf die im Übereinkommen vom 5./1. 1894 vereinbarten Überweisung der Hälfte jenes Überschusses, um welchen das Reinertragnis den Betrag von K 4 800 000 übersteigt, an die Staatseisenb.-Verwalt. ist eine ander. nicht eingetreten. Der Gewinnanteil des Staates betrug pro 1893—1913: fl. 233 394.97, fl. 410 043.78, fl. 477 876.52, fl. 604 471.19, fl. 547 612.95, fl. 463 949.68, fl. 430 211.67, K 442 961.38, K 200 000, K 251 355.47, K 200 000, 200 000, 200 000, 200 000, 278 031.44, 258 083.80.

Kapital: K 38 095 000 = öfl. 19 047 500 in 38 095 Aktien à K 1000 = fl. 500 nach Erhö. von fl. 11 428 500 in 38 095 Aktien à fl. 300 um öfl. 7 619 000 durch Nachzahl. von fl. 200 pro Aktie aus den Mitteln der Ges. lt. G.-V.-B. vom 18./11. 1893. Ende 1913 in Umlauf: K 32 130 000. Bis 1889 waren die Aktien mit nur fl. 210 eingezahlt. 1889 fand wegen Baues des zweiten Geleises auf Dux-Komotau u. eines zweiten Hafens in Aussig aus Ersparnissen gleichfalls eine Zuzahl. von je fl. 90 auf alle Aktien, auch die im Portefeuille befindlichen, statt. Die am 18./11. 1893 beschlossene Kapitalerhö. erfolgte durch Abstempel. der Aktien auf je fl. 500. Tilg.: Durch Ausl. innerhalb der Zeit von 1859—1950; die gezogenen Aktien werden am 1./7. in Noten mit fl. 500 bezahlt; für die getilgten Aktien werden Genussscheine ausgegeben, welche auf die über 5% hinausgehende Super-Div. mit den ungetilgten Aktien gleichen Anspruch haben.

3 $\frac{1}{2}$ % Obligationen von 1896: M. 76 500 000. davon begeben bis Ende 1913: M. 76 302 000, hiervon noch in Umlauf Ende 1913: M. 70 206 900 in Stücken à M. 300, 1000, 1500, 5000. Zs.: 30./6., 31./12. Tilg.: Durch Verl. im April per 30./6. nach einem Tilg.-Plan von 1896 an bis 1985, von 1900 an Verstärk. u. Totalkünd. mit 6 monat. Frist zulässig. Sicherheit: Für die Anleihe haftet das gesamte bewegliche und unbewegliche Vermögen u. das Ertragnis der Gesellschaft. Das Pfandrecht zur Sicherstellung der Anleihe ist auf Grund der Pfandbestellungsurkunde der Aussig-Teplitzer Eisenbahn-Ges. vom 25./7. 1896 mit dem Bescheide des k. k. Landesgerichts Prag vom 4./8. 1896 u. lt. Bestätigung des Landtafel- u. Grundbuchamtes Prag vom 4./8. 1896 simultan in der für die bereits bestehenden Linien der Ges. u. zwar von Aussig nach Teplitz, von Teplitz nach Komotau, von Bilin nach Türmitz, nebst einer Abzweigung an die Elbe, u. von Dux nach Schwaz seinerzeit eröffneten Einlage sowie andererseits in der für die Lokalbahn Teplitz (Settzen) nach Reichenberg zufolge Bescheides des k. k. Landesgerichtes Prag vom 4./8. 1896 im Eisenbahnbuche eröffneten Einlage u. zwar in erster Rangordnung einverleibt worden. Das für die Anleihe auf die Linien der Ges. eingeräumte Pfandrecht erlischt bezüglich der einzelnen Linien mit jenem Zeitpunkte, in welchem die Dauer der für die betreffende Linie erteilte Konzession abläuft. Die Anleihe genießt vor den Aktien der Ges. u. vor allen späteren Anleihen die Priorität. Zahlst.: Berlin u. Frankf. a. M.: Disconto-Ges.; Berlin: S. Bleichröder; Leipzig u. Dresden: Allg. Deutsche Credit-Anstalt; Prag: Fil. der Österr. Credit-Anstalt, Moritz Zdekauer, Böhm. Escomptebank; Wien: Österr. Credit-Anstalt, Allg. Österr. Boden-Credit-Anstalt; Aussig: L. Wolfrum & Comp., Böhm. Escomptebank Fil.; Teplitz: Hauptcassa der Ges., Böhm. Escomptebank Fil. Zahlung der Coup. u. verl. Oblig. steuerfrei ohne jeden Abzug in Mark. — Kurs Ende 1896—1913: 99.60, 99.15, 97.60, 92.75, 89.20, 91.70, 96, 95.35, 95, 93.75, 93, 90.20, 89.80, 89.15, 89, 87.40, 83.30, 81.40%. Notiert in Leipzig u. Dresden. Verj. der Coup. in 3 J., der verl. Oblig. in 30 J. n. F.

3 $\frac{1}{2}$ % Prior.-Oblig. von 1905, im Gesamtbetrage von M. 5 000 000, davon noch in Umlauf Ende 1913: M 4 893 000 in Stücken à M. 1000 zu Investitionszwecken der Lokalbahn Teplitz-